



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 41831 - 33
Fernschreiber 0886890

P/XIII/246 - 28. Oktober 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 3	Zur Lage im Ruhrbergbau Von Dr. Heinrich Deist, MdB	133
4	Pakistans starker Mann drängt nach vorn Die zweite Etappe	48
5 - 6	Berliner Grenzgänger haben Atempause SED war zum Nachgeben gezwungen	71
7	Letzte Klarstellung zum Fall Strauß-Hahlbohn Voller Wortlaut der Dienstaufsichtsbeschwerde	57

* * * * *
* * * * *

Zur Lage im Ruhrbergbau

Von Dr. Heinrich Deist, MdB

Seit Jahren reiben die Schwierigkeiten des deutschen Kohlenbergbaus nicht ab. In Zeiten guter Konjunktur hat sich der Kohlenbergbau mit Preiserhöhungen - wie der Bundeswirtschaftsminister feststellte - rücksichtslos "über die gesamtwirtschaftlichen Erfordernisse hinweggesetzt" und damit mehr als einmal das gesamte Preisniveau gefährdet. In kritischen Zeiten ruft er nach einer Beschränkung der Kohleinfuhr und nach Schutzzöllen gegen die Einfuhr von Heizöl. Ein angemessener sozialer Stand des Bergmannes kann nur noch mit Hilfe öffentlicher Mittel aufrechterhalten werden. Die Investitionen des deutschen Kohlenbergbaus bleiben hinter den entsprechenden Investitionen der anderen großen europäischen Kohlenländer weit zurück; darum werden dem Bergbau laufend steuerliche und sonstige Erleichterungen gewährt, vielfach auch öffentliche Mittel zur Verfügung gestellt. Und gerade in diesen Tagen wurden wieder in Luxemburg, in Straßburg und bei den Regierungen in Bonn und anderswärts geprüft, wie man die Einfuhr von USA-Kohle und Heizöl abstoppen kann. Aus eigener Kraft kann der Bergbau diese Probleme nicht lösen.

Immer nur Worte ...

Die Bundesregierung hat wiederholt die Notwendigkeit einer zielbewussten Energiewirtschaftspolitik betont. Nach der Kohlepreiserhöhung vom 1. 10. 1957 verkündete der Bundeswirtschaftsminister, die Bundesregierung müsse ihre ganze Energiepolitik überprüfen. Seit Januar 1958 steigen nunmehr die Kohlenhalden an der Ruhr; seit Februar werden Feierschichten eingelegt. Am 25. Februar hat der Unterzeichnete die Hohe Behörde in Straßburg zum Handeln aufgefordert. Nichts regte sich - weder in Straßburg, noch in Luxemburg, noch in Bonn. Aber an der Ruhr steigen die Halden und die Zahl der Feierschichten. Erst am 2. 6. 1958 - 5 Wochen vor den Wahlen in Nordrhein-Westfalen - befaßte sich der Bundeskanzler mit der Lage im Kohlebergbau. In einer Besprechung mit Unternehmern und Gewerkschaften unterstrich er die große Bedeutung des Bergbaus für die deutsche Wirtschaft. Am 3. 8. 1958 fand wieder eine Besprechung bei Aachen statt. Wieder nur Worte.

Das Ergebnis dieser Politik liegt klar zutage: Haldbestände bei den Zechen 14 Mill. t, Bestände bei den Verbrauchern 10-15 Mill. t, Gesamtbestände 21-26 Mill. t, bei einer Jahresförderung von rd. 130 Mill. t. In der Zeit seit dem 22. Februar 1958 wurden ca. 1,6 Mill. Feierschichten eingelegt; der Lohnausfall der Bergarbeiter wird auf ca.

36 Mill. DM geschätzt. In der vergangenen Woche wurden auf 51 Anlagen, also auf rd. 1/3 aller Anlagen, Feierschichten eingelegt. Tatsächlich hat die Bundesregierung bis heute kein einziges Problem der Energiewirtschaft wirklich ernsthaft in Angriff genommen. Die Untätigkeit der Bundesregierung hat zur Folge, daß heute jede Interessengruppe ihre eigene Energiepolitik betreibt: Der Bergbau sei eine eigene Art von Kohlepolitik, der Zechenhandel eine Politik der Handelsgeschäfte, die Mineralölwirtschaft eine Machtpolitik marktbeherrschender Großunternehmungen. Wenn es im Interesse dieser Gruppen liegt, erfolgt auch einmal eine Verständigung zwischen ihnen; beispielsweise eine Verständigung des Bergbaus mit der Mineralölwirtschaft über eine Erhöhung der Heizölpreise zu Lasten der Verbraucher. Das sind handfeste Vereinbarungen zwischen mächtigen Interessengruppen der Wirtschaft. Das ist privater Wirtschaftsaufismus, aber keine Marktwirtschaft, weder frei noch sozial! Nur eine Energiewirtschaftspolitik der Bundesregierung gibt es nicht.

Was muß geschehen?

Die Lage im Kohlebergbau ist bedenklich. Sie kann im Zusammenhang mit der kritischen Lage in der Stahlindustrie, im Schiffbau und in der Textilindustrie gefährliche Folgen haben. Es sind daher zunächst einmal Sofortmaßnahmen nötig, die die Absatzmöglichkeiten kurzfristig erhöhen, die Lagerung von Kohle, die vorübergehend nicht abgesetzt werden kann, ermöglichen und dem Bergarbeiter Arbeitsplatz und Arbeitseinkommen sichern.

Zu diesen Sofortmaßnahmen gehören vor allem:

1. Schaffung eines Finanzierungssystems, das in Zeiten konjunktureller, also vorübergehender Absatzschwierigkeiten, die Ansammlung von Kohlevorräten ermöglicht, die bei steigender Konjunktur zur Verfügung stehen; diese Vorratspolitik sollte sich nicht nur auf die in den Zechen geförderte Kohle, sondern auch auf Einfuhrkohle erstrecken.
2. Anpassung der Einfuhr von USA-Kohle und von Heizöl an die veränderte Absatzlage; inzwischen sind zehn kostbare Monate vergangen, ohne daß etwas auf diesem Gebiete geschah.
3. Erteilung größerer öffentlicher Aufträge an wichtige Kohleabnehmer, insbesondere der Bundesbahn an die Eisen- und Stahlindustrie; steigende Beschäftigung der Stahlindustrie bedeutet erhöhten Koksverbrauch.
4. Aufstellung eines umfangreichen Bauprogramms für die Wintermonate und Sicherstellung seiner Finanzierung, damit der übliche Herbstaufschwung der Wirtschaft nicht durch einen Rückgang der Bautätigkeit wieder aufgegeben und damit die Nachfrage erneut geschwächt wird.

Planmäßige Energiewirtschaftspolitik

Um den Energieabatz der Zukunft kämpfen der deutsche Kohlebergbau - zum Teil mit Veredelungsprodukten wie Koks, Elektrizität und Gas -

die Einfuhrkohle aus den USA, das Heizöl und die aufkommende Atomenergie. Dieser Kampf wird mit sehr ungleichen Mitteln geführt. Die Mineralölindustrie, die in der Hauptsache von einigen mächtigen internationalen Konzernen beherrscht wird, verfügt über eine große Finanzkraft; sie kann daher gewaltige Investitionen vornehmen und - auch wenn sie dabei längere Zeit Verluste hinnehmen muß - Heizöl weit unter Preis verkaufen; und das geschieht heute. Auch der Preis für Einfuhrkohle aus den USA ist zur Zeit anomal niedrig, weil die Überseefrachten einen ungewöhnlichen Tiefstand erreicht haben. In diesem Kampf um den Markt ist die Kohle der schwächere Teil. Darum muß beschleunigt ein geschlossenes Energiewirtschaftsprogramm aufgestellt werden, das den Rahmen für die zweckmäßige Entwicklung der verschiedenen Energieträger - Kohle, Mineralöle und Atomenergie - absteckt. Die Aufgabe eines solchen Energiewirtschaftsprogramms ist, auf lange Sicht den steigenden Energiebedarf zu decken, die heimischen Rohstoffvorkommen - insbesondere die Kohle - in volkswirtschaftlich sinnvoller Weise zu nutzen und den neu aufkommenden modernen Energiequellen - Mineralöl und Atomenergie - den Raum zu geben, der ihnen im Interesse des wirtschaftlichen Fortschritts zukommt. Eine zielbewusste Energiewirtschaftspolitik muß sicherstellen, daß die Investitionen des Kohlebergbaus, der Mineralölwirtschaft und der Atomwirtschaft entsprechend diesem Programm aufeinander abgestimmt werden. Im Rahmen eines solchen Programms muß die Kohleinfuhr der gewünschten Gesamtentwicklung planmäßig angepaßt werden. Heute gibt es weder ein geschlossenes Entwicklungsprogramm des Bergbaus, noch verbindliche Vorstellungen über die Entwicklung der Mineralölwirtschaft, noch greifbare Pläne für die Atomenergiewirtschaft, noch Voraussetzungen für eine sinnvolle Abstimmung von Energieerzeugung und Energieeinfuhr.

Eine solche planmäßige Energiewirtschaftspolitik setzt voraus, daß eine zentrale Stelle für die gesamte Energiepolitik verantwortlich ist. Dabei ist die Form - Energieministerium oder Energiewirtschaftsamt oder Energiewirtschaftsrat - von untergeordneter Bedeutung.

Gemeinwirtschaftliche Ordnung

Die Entwicklung der letzten Jahre hat schließlich gezeigt, daß die private Unternehmensform auch im deutschen Kohlebergbau, der überdies in zahlreiche große und kleine, starke und schwache Unternehmungen zersplittert ist, die Probleme des modernen Kohlebergbaus in volkswirtschaftliche vernünftiger Weise nicht mehr lösen kann. In seiner jetzigen Verfassung kann der Kohlebergbau aus eigenen Kräften weder dem Bergarbeiter einen angemessenen sozialen Stand sichern, noch die notwendigen Investitionsmittel bereitstellen, noch eine volkswirtschaftlich tragbare Preispolitik führen, noch sich schwankender Konjunkturon elastisch anpassen. Laufend muß er mit öffentlichen Mitteln, durch Steuerbegünstigungen oder durch gesetzgeberische und handelspolitische Maßnahmen gestützt werden. Das sind auch die Gründe, weshalb sich der Kohlebergbau in allen großen Kohleländern der freien westlichen Welt - insbesondere in Großbritannien und in Frankreich - in öffentlicher Hand befindet. Eine wirksame Lösung der Probleme ist auch in Deutschland nur möglich, wenn der Kohlebergbau aus dem Widerstreit privater Interessengruppen befreit, in Gemeineigentum überführt und unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten neu geordnet wird.

(Erscheint in der Novemberausgabe von "Arbeit und Freiheit".)

Pakistans starker Mann drängt nach vorn

H.S.D. Der Rücktritt des pakistanischen Staatspräsidenten Iskander Mirza kam plötzlich, aber nicht unerwartet. Seit die Armee vor einigen Wochen eine "Revolution von oben" erzwang, konnte es nur mehr eine Frage der Zeit sein, wann der innenpolitische Umbruch auch nach außen hin sichtbar würde. Nun ist es soweit. Ayub Khan, Oberbefehlshaber der Armee und eigentlicher Initiator des Staatsstreiches in Karachi, wurde am Montag neuer Staatspräsident.

Mit diesem Schritt wurde ein weiterer Bruch mit der bisherigen Geschichte dieser islamischen Republik vollzogen, denn es bleibt zweifelhaft, ob die herrschende Offiziersgruppe in Pakistan je daran denken wird, nach der Säuberung des Landes von Korruption und Mißwirtschaft die im Augenblick aufs Eis gelegten Institutionen der parlamentarischen Demokratie zu neuem Leben zu erwecken. Alle Anzeichen im südostasiatischen Raum deuten darauf hin, daß die Ära der von Europa übernommenen Formen des Regierens einen unrühmlichen Ende entgegengeht.

Der neue Mann in Pakistan wird von der amerikanischen Presse als "Festler" gefeiert, und der fast verzweifelt beschwörende Ton der offiziellen Kommentare läßt darauf schließen, daß man in Washington, aber leider nicht nur dort, nahezu alle bisher gültigen Maßstäbe der Einschätzung verloren hat. Denn wer hätte sich noch über die Stabilität und die innere Festigkeit des verflissenen Regimes in Pakistan geirrt als Mr. Dulles und seine Berater. Die Worte sind unvergessen, die der Leiter der amerikanischen Außenpolitik bei den zahlreichen Treffen der SEATO-Staaten gerade über Pakistan sprach. Ihnen zufolge mußte dieses Land ein Bollwerk asiatischen Widerstandswillens gegen jedwede "Aufweichung" von Seiten Moskau und Peking sein. Von der "traditionellen" Freundschaft zu den USA ganz zu schweigen. Die derzeitigen Männer in Karachi aber betrachten die Vergangenheit Pakistans unter ganz anderen Aspekten. Nach ihrer Meinung hatte die innere Unzufriedenheit der Bevölkerung mit dem Regime der Großgrundbesitzer und ihrer Deklari in Parlament so zugenommen, daß Karachi am Vorabend einer "linken" Revolution stand, als die Armee sich zum Handeln entschloß. Weiter hatte die offiziell gepflegte Freundschaft zwischen Pakistan und den USA weniger ein Ansteigen der Sympathiekurve für Washington zur Folge als vielmehr eine Bereicherung der an den amerikanischen Geldern interessierten pakistanischen Finanziere und Kaufleute. Ayub Khan mag zwar im Augenblick keine Neigung zeigen, die Bindungen an Amerika zu lösen. Das heißt aber nicht, daß er nicht bereit wäre, einige bislang in Karachi gepflegte Tabus zu zerstören, wie etwa der "islamische Haß" gegen die Republik Indien und ähnliches.

Keinesfalls aber geklärt sind die weiteren innenpolitischen Entwicklungen. Denn obwohl die Armee das Heft in der Hand hat, und wohl kaum einer an die Restauration des alten Regimes denkt, sind starke Kruppen vorhanden, die vielleicht außenpolitisch mit Ayub Khan einverstanden, innenpolitisch jedoch einen stärkeren sozialrevolutionären Kurs einschlagen möchten. Hier z. B. bietet sich die Gestalt Ghaffar Khans an, der ein äußerst geschickter Politiker ist und über große Sympathien bei den ärmeren Volksschichten verfügt.

Die zweite Etappe hat begonnen, ihr Ende ist noch nicht abzusehen.

+ + +

Berliner Grenzgänger haben Atempause

B.Z., Berlin

Die Behandlung derjenigen Bewohner von Ostberlin und der Randgebiete, die in Westberlin arbeiten und tagtäglich zweimal auf ihrem Weg zu und von ihrer Arbeitsstelle die scharf bewachte Grenze zwischen Ost- und Westberlin passieren müssen, ist schon immer eine Art Barometer für die politischen Tendenzen der SED und der Pankower Regierung gegenüber dem Westen gewesen. Der scharfe Kurs, der nach dem V. SED-Parteitag seinen Ausdruck auch in einer forcierten Jagd der SED und der "Volkspolizei" auf diese Grenzgänger fand, ist seit den ersten Oktobertagen praktisch eingeschloffen. Man geht sicher nicht fehl in der Annahme, daß das Nachlassen der in den Sommermonaten von der SED befohlenen Verfolgungskampagne gegen die Ostberliner und Sowjetzonenbewohner, die in Westberlin arbeiten, mit der Moskauer Bremse in Zusammenhang steht, die im September den wilden Draufgängertum der SED angesetzt wurde.

Seitdem ist die Zahl der Fluchtfälle von Grenzgängern beträchtlich gefallen. Während noch im Monat August die Flüchtlingsbehörden in Westberlin 1 398 Grenzgänger als Flüchtlinge zu verzeichnen hatten, sank diese Zahl im September bereits auf 960 ab. An diesem Rückgang der Grenzgängerflucht um rund acht Prozent hat vor allem die Entwicklung in der zweiten Hälfte des Monats September Anteil, also eines Zeitraumes, in dem das Polit-Büro der SED nach dem Besuch einer Moskauer Delegation ohne Zweifel gezwungen war, den scharfen Kurs zu brechen. Daß es sich bei dem Rückgang der Grenzgängerflucht keineswegs um eine Zufallserscheinung handelt, zeigt sich darin, daß in Oktober die Flüchtlingeszahlen auf diesem speziellen Berliner Sektor noch weiter zurückgingen. In der ersten Monatshälfte meldeten sich nämlich im zentralen Flüchtlingslager in Westberlin nur noch 257 Grenzgänger. Selbst wenn die Grenzgängerflucht bis Ende Oktober nicht weiter absinken sollte, würde damit im Oktober im Vergleich zum August die Grenzgängerflucht um etwa die Hälfte zurückgegangen sein.

Die Zahl der im 3. Quartal nach Westberlin geflüchteten Grenzgänger liegt mit 2 725 im zentralen Flüchtlingslager registrierten Personen ziemlich hoch. Es sind 7,1 Prozent aller in Westberlin arbeitenden

Ostberliner und Bewohner der sowjetzonalen Randgebiete, die die Übersiedlung nach den Westsektoren der Stadt vorgezogen haben. Am gesamten Flüchtlingsstrom des 3. Quartals 1958 hatten die Grenzgänger mit 7,5 Prozent einen ebenfalls immerhin beträchtlichen Anteil.

Auch die Berichte, die aus den sowjetzonalen Randgebieten von Berlin über die dortige Lage eintreffen, bestätigen die bereits in der sinkenden Grenzgängerflucht verdeutlichte Milderung des SED-Kurses. Waren die Grenzgänger aus den Berlin benachbarten Kreisgebieten noch in der ersten September-Hälfte einem ungeheuren Druck der örtlichen kommunistischen Organe ausgesetzt, ihre Westberliner Arbeitsstellen umgehend aufzugeben, so ist heute von diesen Druckmaßnahmen nichts mehr zu verspüren. Im Kreis Königswusterhausen z. B. haben die im Westen beschäftigten Bewohner noch Anfang September Vorladungen zu den Bürgermeistern erhalten, wo ihnen gesagt wurde, sie hätten bis zu einem bestimmten Stichtag die Aufgabe ihres Westberliner Arbeitsplatzes nachzuweisen, wenn sie sich nicht entsprechenden Folgerungen aussetzen wollten. Zwangsweise Aussiedlung aus den Wohnungen und andere Strafen wurden damals für eine Weiterarbeit in Westberlin angedroht. Alle diese Drohungen sind heute verpufft. Auf den SED-Versammlungen spricht zur Zeit kein Funktionär mehr von den "verdreherischen" Grenzgängern.

Die von der SED in den Sommermonaten, zur Zeit des schärfsten Kur- ses, ergriffenen Maßnahmen haben Pankow doch einige Kopfschmerzen berei- tet. So hatte man z. B. einen großen Teil der in Westberlin arbeitenden Bauarbeiter eines Morgens einfach an der Grenze zum Westen abgefangen und zum Einsatz auf wichtigen Bauprojekten der Zone zu sog. "Komplexbri- gaden" zusammengefaßt. Diese Menschenfänger Methode mußte bei den Betrof- fenen zu heller Empörung führen. Wenn es zu Pannen oder auch Sabotagever- suchen kam, wurden die Schuldigen sofort in den Kreisen der zwangsweise eingesetzten Bauarbeiter aus Westberlin gesucht. Auf dem Bauplatz bei Neuruppin am Stechlin-See, wo zur Zeit das erste Atomkraftwerk der Zone errichtet wird, wurden vor einigen Wochen Untersuchungen eingeleitet, bei denen illegale Bestände von Sprengstoff gefunden wurden. Die Reaktion des Staatssicherheitsdienstes bestand darin, zunächst alle Bauarbeiter festzunehmen, die als Grenzgänger auf diesem Bauobjekt zwangsweise ein- gesetzt worden waren. Das zuständige Ministerium in Ostberlin erließ daraufhin die Anweisung, es dürften künftig keine Grenzgänger mehr auf dem Bausektor unter Zwangsarbeitseinsatz genommen werden. Allein die Furcht Pankows, die gemäßregelten Grenzgänger könnten zurückschlagen, ließ der SED eine Zurücknahme der Zwangsmaßnahmen opportun erscheinen.

Letzte Klarstellung zum Fall Strauß-Hahlbohm

sp - Der Fahrer des Dienstwagens des Bundesverteidigungsministers ist - zum sechsten oder siebenten Male - wegen Verkehrsübertretung rechtskräftig zu 100 DM Geldstrafe oder 10 Tagen Haft verurteilt worden. Ein Vorgang, der, wenn man von der Häufung der Strafen ausgerechnet bei dem Fahrer eines Bundesministers absieht, nicht mehr als eine kleine Zeitungsnotiz beansprucht hätte; sowohl im Urteil als auch in der Vorgeschichte. Daß aber der Fall Strauß-Hahlbohm zu einer Affäre wurde, die politischen Staub aufwirbelte und die Presse des In- und Auslandes zu höchst bedenklichen Betrachtungen über den Minister veranlaßte, das hat allein dieser Minister selbst zu verantworten.

Die CDU, der diese Affäre des Herrn Strauß mehr als peinlich war und sein mußte, markiert jetzt plötzlich den feinen Mann und spricht von einem "Fall der SPD", die, "weil sie nichts mehr zu bieten hat", diese Strauß-Story hochgeputzt habe. Der "Deutschland-Union-Dienst" der CDU, der diese Parterre-Equilibristik vollführt, bewegt sich dabei genau auf der unteren Ebene, die der Kanzler bei seiner Wahlreden benutzt.

Um aber den Pressedienst der CDU/CSU auf den Boden der Tatsachen zurückzuführen und damit ein für allemal klargestellt werde, wer aus einem simplen Verkehrszwischenfall eine "Affäre" fabriziert hat, veröffentlichten wir den Wortlaut der Dienstaufsichtsbeschwerde, die der Bundesverteidigungsminister am 15. August 1958 an den Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen gerichtet hat, notabene fast vier Monate nach dem Verkehrszwischenfall vom 29. April 1958. Es würde der CDU und ihrem Pressedienst sehr gut anstehen, wenn sie sich diesen Text des Briefes ihres starken Mannes von der Bayern-CSU gründlich zu Gemüte führen würden. Wahrscheinlich werden dann beide still und ruhig sein.

"Betr.: Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Polizeihauptwachtmeister Hahlbohm in Bonn.

Wegen des Verhaltens des Polizeihauptwachtmeisters Hahlbohm in Bonn erhebe ich Dienstaufsichtsbeschwerde. Den Sachverhalt bitte ich den beigefügten Abschriften des Schreibens des Oberstaatsanwaltes in Bonn an mich vom 30. Juli 1958 - 19 Ar 62/58 - und meiner Antwort vom heutigen Tage entnehmen zu wollen.

Ich muß verlangen, daß der Beamte nicht nur gemäßregelt, sondern in Zukunft auch nicht mehr als Verkehrspolizist in Bonn verwendet wird. Er hat ganz offensichtlich gegen die Pflichten der Verkehrspolizei der Bundeshauptstadt verstoßen, zu denen es gehört, einen möglichst reibungslosen Dienstbetrieb der obersten Bundesbehörden sicherzustellen.

Ich kann mir das Verhalten des Beamten eigentlich nur aus einer gehässigen Einstellung heraus erklären, die ich in manchen Fällen bei Polizeibeamten des Landes Nordrhein-Westfalen und während der Regierungszeit des Kabinetts Steinhoff und unter der Amtsführung des Innenministers Biernat habe beobachten müssen. Während des Wahlkampfes 1957 versuchten in Rheinhausen politische Gegner mein Fahrzeug mit Steinen vom Dach herab zu bewerfen. Als mein Fahrer um polizeiliche Hilfe bat, bedeutete ihm der Polizeibeamte, er solle wegfahren, denn könne das Fahrzeug nicht getroffen werden.

In Volpert unternahm die Polizei trotz des Hinweises meines Fahrers nichts, als einige Jugendliche - vermutlich Sozialisten - versuchten, ein Rad zu demontieren. Im Landtagswahlkampf 1958 beförderte die Schutzpolizei in Duisburg Ruhestörer aus meiner Versammlung in einer Weise, daß die Art der Entfernung selbst die Versammlung erheblich störte. Ich möchte mich auf diese Fälle beschränken. Ich hatte aber den Eindruck, als ob der Polizeihauptwachtmeister Hahlbohm glaubte, sich in dieser Stille besonders hervortun zu müssen.

Ich bitte um eine scharfe Untersuchung und um ein strenges Eingreifen.
+ + +
gez. Strauß".

Verantwortlich: Günter Markscheffel